

Presseinformation

Wiesbaden, 9. November 2009
Nr. 260

Unterstützung für hessische Frauenhäuser

Justizstaatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit: „Die Bekämpfung häuslicher Gewalt hat oberste Priorität“

Wiesbaden – „Die Bekämpfung häuslicher Gewalt ist uns ein wichtiges Anliegen. Um mehr Betroffene mit Hilfsangeboten zu erreichen und das öffentliche Bewusstsein zu verändern, ist eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit notwendig“, sagte Justizstaatssekretär **Dr. Rudolf Kriszeleit** heute in Wiesbaden.

Bei dem heutigen Treffen der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt und der Arbeitsgruppe II des Landespräventionsrates mit Vertretern aller hessischen örtlichen Arbeitskreise gegen häusliche Gewalt hat Justizstaatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit die Bewilligung von insgesamt 8.700 Euro zur Unterstützung für die hessischen Frauenhäuser bekannt gegeben.

Die Frauenhauskoordinierung hat im Auftrag der Bundesregierung ein Medienpaket für Frauenhäuser erarbeitet, welches sie in die Lage versetzen soll, individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Informationsmaterial für Opfer häuslicher Gewalt anzuschaffen. „Ich freue mich sehr, dass wir dieses gelungene Medienpaket unterstützen können“, betonte Dr. Rudolf Kriszeleit.

Das Schwerpunktthema der diesjährigen Tagung ist die pro-aktive Beratungsarbeit nach Polizeieinsätzen wegen häuslicher Gewalt durch Interventionsstellen.

Zwischen den schnell greifenden und kurzfristig wirkenden polizeilichen Eingriffsbefugnissen und den mittelfristig wirkenden zivilrechtlichen Schutzmöglichkeiten verbleibt eine Lücke, die durch die pro-aktive Beratungsarbeit der Interventionsstellen sinnvoll ausgefüllt wird, um den Opferschutz zu vervollständigen und den Gewaltkreislauf nachhaltig zu durchbrechen. Die Opfer werden zwischen polizeilichem Einsatz und dem Inkrafttreten zivilrechtlicher Schutzmaßnahmen nicht alleine gelassen, sondern zeitnah über ihre Möglichkeiten informiert, beraten und an spezialisierte Beratungsstellen vermittelt.

Hinweis:

Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt existiert seit Februar 2006. Sie baut auf den Vorgaben des Landesaktionsplans zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich auf und orientiert sich an den dort formulierten Zielen. Im Landesaktionsplan heißt es dazu in der Präambel:

„Das Land Hessen stärkt mit dem Landesaktionsplan aus staatlicher Verantwortung die Prävention häuslicher Gewalt, die Maßnahmen zum Schutz und zur Hilfe für die Opfer sowie zur Intervention gegen die Täter. Wo dieses schon geschehen ist, sorgt das Land Hessen dafür, dass diese Maßnahmen dauerhaft erhalten und erkennbare Lücken geschlossen werden. In regionalen Arbeitskreisen gegen häusliche Gewalt bestehen hessenweit erprobte und erfolgreiche Netzwerke von öffentlichen Einrichtungen und freien Trägern. Der Landesaktionsplan fördert diese regionalen Strukturen.“

Die Landeskoordinierungsstelle setzt einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Fortbildung aller mit dem Thema der häuslichen Gewalt befassten Professionen. Der Erfahrungsaustausch, die Vernetzung der Beteiligten und die Öffentlichkeitsarbeit stellen weitere Hauptaufgaben der Landeskoordinierungsstelle dar.

Seit September 2009 ist Staatsanwältin Katrin Thaler Leiterin der Landeskoordinierungsstelle.

Örtliche Arbeitskreise gegen häusliche Gewalt

In den örtlichen Arbeitskreisen finden sich Vertreter der verschiedenen vor Ort mit Fällen häuslicher Gewalt bzw. den Auswirkungen häuslicher Gewalt befassten Berufsgruppen in

regelmäßigen Sitzungen zusammen, um die Kooperation und die Vernetzung vor Ort zu optimieren.